

Der Weg aus der Sackgasse führt über Kroatien

Die Annahme der Masseneinwanderungs-Initiative stellt die Schweiz vor massive Probleme. Wehren werden wir Grünen uns sicher gegen jene Kräfte, welche die Zuwanderung durch einen Abbau der Rechte der MigrantInnen wie die Einschränkung des Familiennachzugs beschränken wollen.

Ob es schliesslich gelingt, eine Umsetzung zu finden, welche von der EU akzeptiert wird und darum nicht zur Kündigung der Bilateralen führt, ist offen. Besonders kritisieren die Grünen den Zickzackkurs des Bundesrats nach dem 9. Februar. Hatte Bundespräsident Didier Burkhalter im Nachgang zur Abstimmung noch erklärt, dass der Ratifikationsprozess des Kroatien-Abkommens wie geplant fortgesetzt werden könne, stellte Bundesrätin Simonetta Sommaruga in einer Nacht-und-Nebel-Aktion den Bundesrat vor vollendete Tatsachen und stoppte den Prozess. Erst diese Wende führte dann auch zu den raschen Reaktionen der EU vor allem im Bildungs-, Forschungs- und Kulturbereich (Erasmus+, Horizon 2020, Filmförderung).

Für die Grünen ist klar: Kroatien darf als EU-Mitglied im Vergleich zu anderen Mitgliedstaaten nicht

diskriminiert werden. Eine Lösung mit der EU muss Kroatien so wie alle anderen Mitgliedstaaten einbeziehen. Die ganze Bürde auf das kleine Land abzuwälzen, ist hingegen diskriminierend. Umso mehr, als das Kroatien-Abkommen für mindestens fünf Jahre – also lange nach der dreijährigen Galgenfrist der Masseneinwanderungsinitiative – zwingend ein Kontingentsystem vorsieht. Wir Grünen meinen: Das Kroatien-Abkommen zu unterzeichnen wäre eine konkrete und realistische Massnahme, um aus der Verhandlungs-Sackgasse zu gelangen. Darum forderten wir genau diesen Schritt in einer Fraktionsmotion.

Verantwortungslose Spielchen

Die «Verelendungs-Politik» des Bundesrates, der nun offenbar einen möglichst harten Zusammenstoss mit der EU will, um die die Verhandlungen an die Wand zu fahren, ist inakzeptabel. Das durchsichtige taktische Spielchen, danach eine Mehrheit für eine Aufhebung der beschlossenen Kontingents-Regeln gewinnen zu wollen, ist verantwor-

tungslos. Selbst wenn eine solche Abstimmung irgendwann durchaus nötig werden sollte: Sie ist nur zu gewinnen, wenn die Schweiz sich vorher engagiert und ehrlich um eine einvernehmliche Umsetzung bemüht hat.

Verschleppungstaktik der Bürgerlichen

Um das Vertrauen einer Mehrheit zurückzugewinnen, braucht es aber noch mehr: Die Bürgerlichen müssen endlich die Notwendigkeit erkennen, berechnete Anliegen der Bevölkerung konkret und rasch aufzunehmen. Wird die Umsetzung der Zweitwohnungs-Initiative verwässert und das neue Raumplanungsgesetz nicht griffig umge-





setzt, so spielt dies nur jenen politischen Kreisen in die Hände, welche am Schluss für alle Probleme «die Fremden» verantwortlich machen. Auch die flankierenden Massnahmen im Arbeitsmarkt müssen optimiert werden. Und gegen die Mietexplosion in den Zentren braucht es ebenso rasche Massnahmen wie für die Förderung des gemeinnützigen Wohnungsbaus.



Balthasar Glättli
Fraktionspräsident Grüne

Bildlegende:
Am 1. März fand in Bern die Grosskundgebung für eine offene und solidarische Schweiz statt. Rund 12 000 Personen trafen sich auf dem Bundesplatz. Bereits über 60 Organisationen haben sich dem Bündnis angeschlossen.



Am Tag nach dem Ja zur Masseneinwanderungsinitiative haben die Grünen als Reaktion darauf das Bündnis gegen Ecopop lanciert. Bis Ende März sind 770 dem Bündnis beigetreten.

Sie können hier unterzeichnen sowie das ausführliche Argumentarium einsehen:

www.nein-zu-ecopop.ch